

Bemühungen von Albert, Elsa und Mileva Einstein um Hilfeleistung der Schweiz

2

Albert Einsteins Antrag vom 9. April 1933

Albert Einstein und dessen Frau warteten nicht, bis sie die Gestapo-Verfügung vom 10.5.1933 in Händen hielten.

Bezug nehmend auf Pressemeldungen über die Sperrung seiner Konten, hatte Albert Einstein bereits am 9. April 1933¹³⁰, somit mehr als 4 Wochen **vor** der tatsächlich erfolgten Sperrung durch das Geheime Staatspolizeiamt Berlin! und **noch nicht** im Besitz der amtlichen Mitteilung!, die Schweizerische Regierung ersucht, „die Freigabe meines Bankguthaben von den deutschen Behörden zu verlangen“¹³¹ (Abb. 2.1).

Nach Belegen gefragt, wusste Einstein dem Schweizerischen Gesandten in Brüssel zunächst nur zu sagen, dass auch er – Einstein – „lediglich auf Zeitungs-meldungen angewiesen“ sei.¹³³ Gleichwohl scheint er noch andere Informations-quellen, vermutlich im Preußischen Finanzministerium, besessen haben, hat diese aber nicht preisgeben wollen. Ein Indiz dafür dürfte sein, dass er dem Schweizerischen Gesandten in Brüssel schrieb, es sei „eine heikle Angelegenheit“ gewesen, die Sperrung seiner Bankkonten festzustellen.¹³⁴ Ein Indiz wäre auch die Mitteilung, dass nicht nur sein, sondern auch **seiner Ehefrau** Bankguthaben beschlag-nahmt wurde (was den Meldungen in der Presse nicht zu entnehmen war). Am 17. Mai endlich hatte er „den bestimmten Beweis dafür in der Hand, dass diese Sper-rung tatsaechlich besteht, indem ein an die Dresdner Bank gerichteter Zahlungs-auftrag fuer Wohnungsmiete nicht ausgefuehrt wurde“.¹³⁵

Allerdings war der nicht ausgeführte Zahlungsauftrag noch nicht der „bestimmte Beweis“ für die Konfiskation der Konten, Albert Einsteins Annahme zwar ein zwingend logischer Schluss – oder Resultat von Informationen, die ihm zugetragen wurden. Die Gestapo hatte die Sperrung bereits am 10. Mai 1933 verfügt (Abb. 1.1); auf den „bestimmten Beweis“ mussten die Einsteins aber noch zwei Wochen warten.¹³⁶ Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Berliner Haberlandstraße 5 nicht die richtige Empfängeradresse sein kann, ist „die

Villa Savoyarde,
Coq-sur-Mer, bei Ostende
 Merz 9.1933

Tel 129

An die Schweizerische Gesandtschaft in Brussel.

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich ersuche Sie hiermit freundlich,
 bei der Schweizerischen Regierung zu beantragen, dass sie in
 folgender Angelegenheit bei der Deutschen bezw. Preussischen
 Regierung interveniere.

In Deutschland ist ohne Berechtigung
 mein und meiner Frau Bankguthaben beschlagnahmt worden. Ich
 bin Schweizer Bürger (Bürger des Kanton Zürich) und ersuche als
 solcher die Schweizerische Regierung, die Freigabe meines Bank-
 guthaben von den Deutschen Behörden zu verlangen.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung,

Albert Einstein.

Abb. 2.1 Albert Einstein an die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel, 9. April 1933¹³²

Konfiskationsverfügung am 23. Mai 1933 a.c. in Le Coq den Eheleuten Einstein durch die deutsche diplomatische Vertretung in Belgien zugestellt worden“.¹³⁷

Einsteins Anwalt Dr. Dukas hat die Verfügung der (Schweizer) Abteilung Auswärtiges am 26.5. übergeben. Eine Abschrift wurde auch der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin mit Schreiben vom 31. Mai zugestellt.

Am 9. April 1933 hatte Einstein die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel in einem zweiten Schreiben gebeten, in gleicher Angelegenheit Professor Jahuda empfangen zu wollen¹³⁸ (Abb. 2.2).

Der Gesandte hat wunschgemäß Professor Jahuda empfangen: er hat diesen „darauf hingewiesen, dass der Gelehrte gleichzeitig schweizerischer und deutscher Bürger ist und dass er nach unsern Vorschriften in seinem zweiten Heimatstaate keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitzt“.¹⁴⁰

Le Aug. 9. IV. 33

An die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich ersuche Sie hiermit freundlich, Herrn Prof. A. S. Yahuda aufzunehmen zu wollen. Es handelt sich nur um ein Ersuchen an die Schweizerische Regierung, dieselbe möge Schritte thun gegen die unrichtmässige Berechnung meines Berliner Bank-Guthabens durch die Deutschen Behörden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A. Einstein.

Ich habe Herrn Prof. Yahuda gebeten, auch noch andere Punkte mit Ihnen zu beraten, und ich bitte Sie freundlich, ihm Gefälligkeit hierin zu geben.

Abb. 2.2 Albert Einstein. Zweites Schreiben An die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel. 9.4.1933¹³⁹

Zwar auch „schweizerischer Bürger“, dennoch **„kein Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers“** – an diesem Standpunkt hat die Schweizer Seite unverändert festgehalten, ungeachtet einer erneuten und intensiven Beschäftigung mit der Frage, ob und in welchem Maße Einstein Schweizerbürger sei, und vor allem ungeachtet der neuen politischen Konstellation nach dem Machtantritt Hitlers. Man **hätte** ihm durchaus, spätestens nach der 1934 erfolgten Ausbürgerung und förmlichen Vertreibung, somit auch nach dem Verlust seines deutschen Wohnsitzes, die „Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers“ gewähren können; aber: man **wollte nicht**. Hinter der Ablehnung von Einsteins Anliegen lauerte immer die Unterstellung, dass Einstein „seine staatsbürgerlichen Pflichten“ in Deutschland verletzt, weil **politisch links** gestanden, habe.

Statt abzuwarten, hat die Abteilung für Auswärtiges den Professor Jahuda gegenüber vertretenen Standpunkt der Schweizerischen Gesandtschaft in **Berlin** (!) sogleich mitgeteilt, und damit vorgegeben, wie sie sich den deutschen Behörden gegenüber zu verhalten habe (und dürfe).

Aus dem Schreiben der Abteilung für Auswärtiges vom 20.4.1933 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin¹⁴¹:

Herr Minister,

Wie Sie dem beiliegenden Schreiben unserer Gesandtschaft in Brüssel entnehmen werden, hat Herr Professor Einstein, der gegenwärtig in Coq sur Mer bei Ostende lebt, unserer Gesandtschaft das Ersuchen zugehen lassen, wir möchten uns bei der deutschen Regierung zwecks Aufhebung der gegen sein Vermögen in Deutschland getroffenen Maßnahmen verwenden.

Wir beehren uns, Ihnen gleichzeitig Abschrift unserer Rückäußerung zu übermitteln, aus der Sie die Gründe ersehen werden, die es uns nicht gestatten, auf das Anliegen Einsteins einzutreten. /.../

Im der erwähnten, der Berliner Vertretung zur Kenntnis gegebenen Kopie eines Schreibens an die Schweizerische Gesandtschaft in **Brüssel** wurde der Standpunkt der Abteilung für Auswärtiges ausführlich dargestellt, darin allerdings auch zum Ausdruck gebracht, dass hinsichtlich der Rechtslage noch Klärungsbedarf bestehe und eine „Einschränkung“ gemacht werden müsse.¹⁴²

Bern, den 20. April 1933.

Herr Minister,

Mit Ihrem geschätzten Schreiben I C 12/33 vom 13. d. M. geben Sie uns Kenntnis von einem Begehren des Herrn Professor Albert Einstein, mit welchem er uns veranlassen möchte, bei der deutschen Regierung zwecks Aufhebung der über sein Vermögen verfügbaren Beschlagnahme vorstellig zu werden.

Gegenüber Herrn Professor Jahuda, der das Anliegen Einsteins bei Ihnen vertreten hat, haben Sie darauf hingewiesen, dass der Gelehrte gleichzeitig schweizerischer und deutscher Bürger ist und dass er nach unsern Vorschriften in seinem zweiten Heimatstaate keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitze.

Der von Ihnen gemachte Hinweis bedarf nun allerdings einer gewissen Einschränkung, indem nach Art 6 des Bundesgesetzes vom 25. VI. 1905 betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe, die schweizerischen Doppelbürger ihrem zweiten Heimatstaat gegenüber nur solange sie darin wohnen keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitzen.

Nachdem in der Kriegs- und Nachkriegszeit sich gezeigt hatte, dass die Inanspruchnahme des schweizerischen diplomatischen Schutzes durch Doppelbürger, die nicht im Gebiet ihres zweitens Heimatstaates, sondern in einem dritten Staat ihren Wohnsitz haben, vielfach zu Unzukömmlichkeiten führte, hat der Bundesrat am 18. Februar 1919 besondere Vorschriften erlassen, die unsern Gesandtschaften und Konsulaten mit vertraulichem Rundschreiben vom 5. April 1919 zur Kenntnis gebracht worden sind. Danach ist der diplomatische Schutz bis auf weiteres und, insofern nicht im Einzelfalle das Politische Departement eine anderweitige Instruktion erteilt, – sowohl hinsichtlich der Person als hinsichtlich materieller Interessen – zu versagen gegenüber Schweizerbürgern im Auslande, die neben der schweizerischen Staatsbürgerschaft das Bürgerrecht eines auswärtigen Staates besitzen „sofern sie sich bisher unter den Schutz dieses Staates gestellt oder sich sonstwie offenkundig als dessen Angehörige ausgegeben haben“. Was nun Professor Einstein anbelangt, so hat er zwar anscheinend Wert darauf gelegt, stets im Besitz eines Schweizerpasses zu sein. Das hinderte ihn aber keineswegs, bei verschiedenen Gelegenheiten im Auslande sich als Vertreter der deutschen Wissenschaft feiern zu lassen und sich hierbei ausschliesslich unter deutschen Schutz zu stellen. Das geschah z. B. anlässlich seines Pariser Aufenthalts im April 1922, seines Madrider Aufenthalts im März 1923, seines Aufenthalts in Buenos Aires im April 1925, sowie bei Verleihung des Ehrendoktors der

Pariser Universität im Jahre 1929. Zudem gehörte er als deutscher Vertreter der „Commission internationale de collaboration intellectuelle“ an (schweizerischer Vertreter ist Herr Professor de Reynold). Es ist uns auch bekannt, dass Professor Einstein mit einem deutschen Diplomatenpass gereist ist.

Angesichts der vorerwähnten Tatsachen ist es offensichtlich, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, um Einstein den schweizerischen diplomatischen Schutz vorzuenthalten. Es kommt hinzu, dass die Massnahmen, denen er sich gegenwärtig in Deutschland ausgesetzt sieht, von den deutschen Behörden gerade in Hinblick auf seine Reichsangehörigkeit und angeblicher Verletzung seiner staatsbürgerlichen Pflichten getroffen worden sind. Eine Intervention unserer Gesandtschaft in Berlin kann bei dieser Sachlage wohl nicht in Frage kommen, und wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie den Gelehrten, ohne im einzelnen auf unsere oben entwickelten Gründe näher einzugehen, hiervon verständigen wollten.

Abschriften unseres Schreibens und der vorliegenden Rückäußerung haben wir unserer Gesandtschaft in Berlin zu ihrer Unterrichtung zugehen lassen.

Genehmigen sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Der Chef
der Abteilung für Auswärtiges

Man hatte zwar eine „gewisse Einschränkung“ gemacht, sogar **hervorgehoben**, dass „die schweizerischen Doppelbürger ihrem zweiten Heimatstaat gegenüber nur solange sie darin wohnen keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitzen“, aber nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass der „Doppelbürger“ Einstein inzwischen seinen **Wohnsitz in Deutschland aufgegeben** hatte und hat dennoch entschieden, ihm „den schweizerischen diplomatischen Schutz vorzuenthalten“.

Offenbar hatte die Abteilung für Auswärtiges bereits **vor** Prüfung der Tatsachen entschieden. Entsprechend wurden „Tatsachen“ ausgewählt und jene weggelassen, die zugunsten Einsteins sprachen. Der entscheidende Grund, warum man meinte, Einstein „den schweizerischen diplomatischen Schutz vorzuenthalten“ zu dürfen, wurde am Schluss des Schreibens genannt: weil er von den deutschen Behörden beschuldigt wurde, seine „**staatsbürgerlichen Pflichten**“ **verletzt** zu haben. In der Sprache der deutschen Behörden hätte das geheißen: weil er sich an der „antideutschen Greuelhetze beteiligt hat“. Aber derart offen sollte dies dem Gelehrten nicht mitgeteilt werden, vielmehr in diplomatische Sprüche verpackt und „ohne im einzelnen auf unsere oben entwickelten Gründe näher einzugehen“.¹⁴³

Die Abteilung für Auswärtiges hat offenbar nicht mehr wissen **wollen**, dass sich Einstein in der von ihr beschriebenen Weise **nicht** verhalten hat.

Obwohl die Schweizer Behörden damals wiederholt erklärten, Einstein sei „gleichzeitig schweizerischer und deutscher Bürger“, m. a. W. „Doppelbürger“ gewesen, scheint man sich aber nicht ganz sicher gewesen zu sein. Sonst hätte das Eidgenössische Politische Departement nicht – und zwar noch am 29. Mai 1933, also Wochen nach solchen Erklärungen – verlangt, es müsse „die Frage der Staatsbürgerschaft von Professor Einstein /.../ vom Rechtsbeistand nach Möglichkeit untersucht werden“, es sei „der genaue Sachverhalt noch keineswegs abgeklärt“.¹⁴⁴ Eben darum wurde in allen das Thema betreffenden Schriftsachen der vergangenen Jahre recherchiert, vermutlich auch, um eine Rechtfertigung für die verweigerte Hilfeleistung zu finden.¹⁴⁵ Man hat insofern Gleiches getan, wie das Auswärtige Amt in Berlin in Vorbereitung der Ausbürgerung Einsteins.

Albert Einsteins Staatsbürgerschaft

Es gab seitens der Schweiz bis zum Ende des 1. Weltkrieges keine besonderen Gründe, sich mit der Frage der Staatsbürgerschaft Albert Einsteins zu befassen. Der Schweizer Pass Einsteins (und keinen anderen hatte er) wurde ohne irgendwelchem Widerspruch verlängert¹⁴⁶: am 24. August 1915, 13. September 1916, 28. Dezember 1918 (aber auch am 26.4.1920, 11.3.1921, 23.6.1923). Mit diesem Pass ist er während des Krieges wiederholt und ohne irgendwelche Komplikationen ins Ausland gereist.

Besondere Gründe, sich mit der Frage der Staatsbürgerschaft Albert Einsteins zu befassen, gab es aber auch für das kaiserliche Deutschland nicht. Er wurde als „neutraler Ausländer“ (also als Bürger eines neutralen Staates) respektiert (und trotzdem polizeilich observiert). So erübrigte sich auch die Frage einer Einberufung des bei Kriegsausbruch erst 35jährigen zur Armee.

Am 24. Oktober 1916 hatte der Präsident des Kuratoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern vorgeschlagen, beim Kaiser die Berufung Einsteins in das Kuratorium „erwirken zu wollen“, dabei bemerkt: „Einstein ist **Staatsangehöriger der Schweiz**, doch dürfte dieser Umstand für seine Berufung in das Kuratorium kein Hindernis bilden. Auch seine seinerzeitige Berufung in die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften ist daran nicht gescheitert“.¹⁴⁷

Am 26. November 1916 hat das Reichsamt des Innern beim Preußischen Kultusministerium angefragt, ob wegen der beabsichtigten Berufung Einsteins in das Kuratorium der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Bedenken bestehen, obwohl dieser „**Staatsangehöriger der Schweiz**“ sei.¹⁴⁸ Die Antwort vom 11. Dezember war, „daß gegen die Berufung /.../ Bedenken nicht zu erheben sind“.¹⁴⁹

Da nirgends Bedenken gegen die Berufung eines schweizerischen Staatsangehörigen bestanden, bat das Reichsamt des Innern am 22. Dezember 1916 „des Kaisers und Königs Majestät“ um Ernennung Einsteins, wobei abermals darauf hingewiesen wurde, dass Einstein „**Staatsangehöriger der Schweiz**“ sei.¹⁵⁰ „Seine Majestät der Kaiser haben Allernädigst geruht, das Mitglied der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Albert Einstein mittels Allerhöchstem Erlasses vom 30. Dezember 1916 als Mitglied des Kuratoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu berufen.“¹⁵¹ **Alle** beteiligten Instanzen, und der Kaiser selbst, hatten also zur Kenntnis genommen und gebilligt, dass Albert Einstein **kein Reichsdeutscher**, sondern **Staatsangehöriger der Schweiz** gewesen ist.

Nach dem Kriege hat sich die Haltung zur Staatsbürgerschaft Einsteins nicht nur aufseiten Deutschlands, sondern auch der Schweiz gravierend verändert. Wie einstmals um die Leiche eines Heiligen, hat man nun um den Besitz des lebendigen Einstein gestritten, wobei die Schweizer Seite nachgiebig, die deutsche aber unnachgiebig und letztlich siegreich war.

Den Anstoß zur Frage, welcher Nationalität dieser Einstein sei, gab nicht erst, wie man meinen möchte, die Verleihung des Nobelpreises im Jahre 1922, sondern ein Vorfall im Frühjahr 1920.

Dieser war, dass einem breitem Publikum Zugang zu Einsteins Vorlesungen an der Berliner Universität gewährt werden sollte und (zumeist nationalistisch gesinnte) Teile der Studentenschaft dagegen protestierten. Der Schweizerische Gesandte in Berlin berichtete der Abteilung für Auswärtiges am 17. Februar 1920: „Herr Professor Dr. Einstein ist Schweizer“, und kommentierte: „Meines Erachtens liegt in der Demonstration gegen den Herrn Professor Einstein kein feindseliger Akt über den Ausländer“, schuld sei vielmehr „die politische Richtung des Herrn Professor Einstein“.¹⁵²

„Schweizer“ und „Ausländer“ – womit gesagt war, dass sich die Schweiz um diesen Manne kümmern dürfe (wobei die „politische Richtung des Herrn Professor Einstein“ anscheinend mäßigend auf die Besitzansprüche der Schweizer Behörden eingewirkt hat).

Von der Abteilung Auswärtiges am 24. Februar 1920 um Aufklärung über die Personalien des Herrn Professor Einstein gebeten, teilte der Schweizerische Gesandte am 3. März mit, was er „von durchaus vertrauenswürdiger Seite“ erfahren hatte: „Albert Einstein, jüdischer Konfession, ist im März 1879 in Ulm geboren und grösstenteils in München erzogen worden. Er ist seit 1901 Bürger von Zürich, wo er seine spätere Jugend verbracht zu haben scheint. In den Jahren 1902–1909 /.../ technischer Experte beim eidgenössischen Patentamt /.../ 1905 /.../ in Zürich /.../ promoviert /.../ 1908 /.../ in Bern habilitiert /.../ 1912–1913 /.../ Professor /.../ in Zürich /.../ seit 1913 /.../ ordentliches Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften /.../ Mein Gewährsmann teilt mir weiter mit, dass Herr Einstein politisch in keiner Weise hervorgetreten sei, dass er aber in seiner Gesinnung weit links stehe“.¹⁵³

Deutschlands Medien haben den Ruhm Albert Einsteins vermarktet und Einstein zum **Deutschen** gemacht, die Diplomatie dagegen scheint sich, widerwillig zwar, und längere Zeit auch nach dem Kriege, mit dem **Schweizer** abgefunden zu haben. Allerdings war man in Berlin, weil Einstein in Deutschland wohnte, der Preussischen Akademie und anderen respektablen Institutionen angehörte, am Geschehen näher dran als die Beamten in der Schweiz.

Berichte der Deutschen Botschaft Paris über die „Franzosenreise“ Einsteins im April 1922 und der diesbezügliche Schriftverkehr des Auswärtigen Amts lassen erkennen, daß Einstein damals **weder bereit noch willens** war, wie ein „Deutscher“ behandelt zu werden:

„Einstein reist auf Schweizer Gesandtschaftspaß.“¹⁵⁴

„Gestern hat der erste der angekündigten Vorträge, zu denen der Botschaft Einladungskarten nicht zugegangen sind, im Collège des France stattgefunden.“¹⁵⁵

„Einen Besuch auf der Botschaft hat Herr Einstein nicht gemacht. Zu dem Vertreter des Berliner Tagesblattes, Herrn Block, der ihm einen Besuch bei mir nahelegte, hat er sich dahin geäußert, er sei lediglich Gelehrter und stünde der Welt und ihren Formen fern. Ebensowenig wie zu seiner Antrittsvorlesung sind der Botschaft zu den späteren Vorlesungen Einladungen zugegangen.“¹⁵⁶

Während eben dieser Zeit, am 31.3.1922 telegraphierte der Schweizer Gesandte aus Berlin an die Abteilung Auswärtiges in Bern: „Ihr Telegramm Nr. 12. Professor EINSTEIN ist nach seinen eigenen Erklärungen nur Schweizerbürger Nr. 27“. Damit waren, scheint es, auch seitens der Schweiz alle Zweifel ausgeräumt.

Heftige Irritationen und Begehrlichkeiten entstanden jedoch, als der Nobelpreis des Jahres 1922 an Albert Einstein verliehen wurde, und vorauszusehen war, dass der Gelehrte am traditionellen Tag der Aushändigung des Preises, am 10.12.1922, in Japan weilt. Sollte der deutsche oder der Schweizer Gesandte den Preis anstelle Einsteins entgegennehmen? Ihm selbst, Einstein, scheint der Streit und dessen Lösung nicht interessiert zu haben.

Auf deutscher und auf Schweizer Seite dagegen wurden in dieser Sache viele Briefe gewechselt und Aktenvermerke gemacht. Die Schweizer Vertreter in Tokyo¹⁵⁷ und Stockholm¹⁵⁸ erbaten Instruktionen aus Bern, der deutsche Vertreter in Stockholm aus Berlin.¹⁵⁹

Über die Standpunkte beider Seiten, über den Konsens zwischen dem Schweizer Gesandten Schreiber und dem deutschen Gesandten Nadolny, den man schließlich fand, sowie über die Nobelfeier berichtete Nadolny am 12. Dezember 1922 nach Berlin¹⁶⁰:

Abschrift VI B 15448

Deutsche Gesandtschaft

Nr. A 1767.

Erlaß vom 9. d. Mds. – VI B 15.107-.

Inhalt: Nobelfeier und Nationalität Einstein's.

Stockholm, den 12. Dezmb. 1922.

Meine Frage über die Nationalität des mit dem Nobelpreis für Physik bedachten Professor Einstein ist dadurch entstanden, daß nach der Bekanntgabe der Preisträger der Vorstand der hiesigen Wissenschaftsakademie bei mir erschien und mich darum ersuchte, den abwesenden Professor Einstein bei der Verteilung zu vertreten, andererseits der hiesige Schweizerische Gesandte bei mir anfragte, wie sich die Entgegennahme des Preises von Einstein eigentlich gestalten würde, da Einstein seines Wissens die schweizerische Staatsangehörigkeit besitze.

Mit Rücksicht darauf, daß die vom Auswärtigen Amt erbetene Feststellung nicht rechtzeitig vor dem 10. Dezember, dem üblichen Tag der Nobelfeier, einging und die Frage der Kompetenz zwischen mir und dem schweizerischen Kollegen vorher geklärt werden mußte, habe ich noch eine direkte telegraphische Anfrage an die Universität Berlin gerichtet. Ich erhielt darauf eine telegraphische Antwort der Berliner Akademie der Wissenschaften: „Einstein ist Reichsdeutscher“. Als ich hiervon dem Schweizerischen Gesandten Mitteilung machte, wunderte er sich über diese Antwort, da seinen Feststellungen nach Einstein zwar in Württemberg geboren, aber dann nach Übersiedelung seines Vaters in die Schweiz dort naturalisiert sei und sein schweizerisches Bürgerrecht nicht wieder aufgegeben habe; ein Beamtenverhältnis gegenüber Deutschland bestehe nicht, und er wüßte auch nicht, daß Deutschland eine Renaturalisation Einsteins vorgenommen habe. Infolge meines bestimmten Hinweises auf den Inhalt der Depesche beruhigte er sich jedoch und nahm mit der Bemerkung, daß Einstein wohl auch allgemein als Deutscher angesehen werde und wahrscheinlich auch selbst jetzt als solcher gelten wolle, von weiteren Versuchen, ihn für sich zu reklamieren, in freundlicher Weise Abstand. Ich habe darauf dem Nobelkomitee, das ich, als sich Zweifel über die Nationalität des Preisträgers erhoben, sofort pflichtgemäß entsprechend verständigt hatte, von der Klarstellung der Frage durch das Telegramm mündlich Mitteilung gemacht und dann die Vertretung Einsteins sowohl bei der Preisverteilung als auch bei dem im Anschluß daran veranstalteten Festbankett und bei dem von Seiner Majestät dem König zu Ehren der Preisträger gegebenen Diner wahrgenommen. Um etwaigen zurückgebliebenen oder vielleicht noch drohenden schweizerischen Empfindlichkeiten die Spitze zu nehmen, hielt ich es indessen für notwendig, sowohl in meiner Rede bei dem Bankett als auch durch ein Telegramm an die deutsche Presse den Anteil der Schweiz an der Person und Arbeit Einsteins hervorzuheben.

Inzwischen ist mir nun, einen Tag nach der Nobelfeier, die Nachricht des Auswärtigen Amts zugegangen, wonach Einstein doch die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt. Ich brauche nicht weiter auszuführen, daß, wenn diese Tatsache meinem Schweizer Kollegen vor der Preisverteilung bekannt geworden wäre, ich keinesfalls auf der Vertretung hätte bestehen können, und ich möchte annehmen, daß Gesandter Schreiber schon aus rein äußerlichen Prestige Gründen seinerseits auf der Vertretung bestanden hätte. Auch jetzt würde, wenn er den richtigen Tatbestand erführe, sicherlich eine starke Mißstimmung entstehen, und es gibt hier genügend Kollegen und sonstige uns innerlich nicht freundlich gesinnte Elemente, die daran ihre Freude hätten, den schweizerischen Vertreter, mit dem ich sonst ein durchaus herzliches Verhältnis unterhalte, gegen mich in Harnisch zu bringen. Mit Rücksicht hierauf halte ich es für notwendig, die mir mitgeteilte Tatsache hier in keiner Weise erkennbar werden zu lassen, und ich möchte dringend bitten, auch dort über die schweizerische Staatsangehörigkeit Einsteins möglichst kein Wort zu verlieren und alles tun zu wollen, um die mir durch das Telegramm der Wissenschaftsakademie mitgeteilte Tatsache, daß Einstein Reichsdeutscher ist, möglichst bald auch tatsächlich in Geltung zu setzen. – In jedem Falle wäre es erwünscht, daß zu der Zeit, wenn Einstein hierher kommt, um seinen Vortrag zu halten, bereits über diese Frage im Sinne der bestehenden Reichsangehörigkeit Einsteins Klarheit herrscht. Eine Heranziehung des Schweizerischen Gesandten bei dem Vortrag würde dadurch nicht ausgeschlossen, sondern den Charakter einer Courtoisie erhalten, auf die Wert zu legen wir unter den heutigen Verhältnissen sicherlich allen Grund haben.

Der Verlauf der Nobelfeier spielte sich im übrigen in den üblichen Formen und in durchaus harmonischer Weise ab. Man bedauerte allgemein, daß Einstein nicht erscheinen konnte und sieht seinem künftigen Besuche mit großem Interesse entgegen. Von den bei der Feier gehaltenen Reden erlaube ich mir die des Vorstehenden der Nobelstiftung, Herrn Professor Schück, mit Rücksicht auf ihren unverkennbar in deutschfeindlichem Sinne politischen Ton in auszugsweiser Übersetzung zur Kenntnis beizufügen. Ferner mag für die Beurteilung der in der Welt bestehenden politischen Gruppierungen nicht uninteressant sein, daß aus Anlaß der Erteilung des Literaturpreises an den spanischen Dichter Benavente nicht nur der spanische Gesandte und sein Personal, sondern auch die Mitglieder der übrigen hiesigen Vertretungen spanischer Zunge, also die Vertreter von Mexiko, Argentinien und Chile, vollständig an den Feierlichkeiten teilnahmen und auch in ihren Unterhaltungen, die ich mit ihnen hatte, sich deutlich als Teilnehmer an dem spanischen Erfolg dokumentierten. Portugal und Brasilien sind dagegen nicht in Erscheinung getreten.

Nadolny.

Auswärtiges Amt

VI B 15448

Berlin, den 18. Dezember 1922

Eilt.

In Abschrift

mit einer Anlage

dem Preußischen Herrn Minister für Wissenschaft,

Kunst und Volksbildung

zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte um baldige Äußerung ergebens über-
sandt, welche Gründe für die Auffassung der Akademie sprechen, Einstein besitze oder
besitze auch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Auftrage

Soehring

Quintessenz: Die deutsche Seite hatte sich erfolgreich durchgesetzt, die Schweizer haben vor dem Druck aus Deutschland kapituliert.

Um das Resultat des für die deutsche Seite erfolgreichen diplomatischen Tauziehens festzuschreiben und zu komplettieren, wurde Albert Einstein in der Folgezeit in aller Form zum Deutschen gemacht.

Nach langem Widerstreben hat sich Einstein selbst der Rechtsauffassung der Deutschen (Auswärtiges Amt, Preußisches Kultusministerium, Akademie der Wissenschaften, Reichsministerium des Innern) gebeugt, wonach seine Anstellung bei der Akademie automatisch den Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit zur Folge hatte. In einer „Niederschrift /.../ für die Akten der Akademie der Wissenschaften“¹⁶¹ erklärte er am 7.2.1924, gegen die Auffassung, mit seiner „Anstellung an der Akademie“ sei „die Erwerbung des preussischen Staats-Bürgerrechts verbunden gewesen“, habe er „nichts einzuwenden“.

In Deutschland hat man fortan die Schweizer Staatsbürgerschaft Einsteins ignoriert, ihn zum förmlichen Verzicht darauf aber nie bewegen können (dazu aber auch nicht aufgefordert: mochte er doch denken, was er wollte).

Die Schweiz hat nicht nur kapituliert, sie hat Einstein fortan wie einen Deutschen behandelt und diplomatischen Schutz verweigert. Sein Schweizer Pass wurde zwar verlängert, sein Antrag auf Ausstellung eines **Diplomatenpasses** aber abgelehnt.

Am 10. Juli 1924 nämlich hatte Einstein beim Politischen Departement in Bern die Ausstellung eines solchen zwecks weiterer Teilnahme an den Sitzungen der Völkerbundskommission für intellektuelle geistige Zusammenarbeit beantragt.¹⁶²

Berlin den 10. Juli 1924.

An das Eidgen. politische Departement

Bern/Schweiz

Ich Unterzeichneter erlaube mir¹⁶³ hiermit, um die Ausstellung eines Diplomatenpasses nachzusuchen. Ich bin Bürger des Kantons und der Stadt Zürich und wohne in Berlin, wo ich als Mitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften tätig bin.

Vor einiger Zeit wurde ich zum Mitglied der Commission de Koperation¹⁶⁴ Intellektuell des Völkerbundes ernannt und muss ich daher häufig zu den Sitzungen des Völkerbundes nach Genf reisen. Ausserdem möchte ich nebenbei erwähnen, daß ich bei der Schweizerischen Naturforscherversammlung in Luzern im Oktober einen Festvortrag zu halten habe und das¹⁶⁵ ich in Holland ein officielles Amt begleide.

Ich bitte Sie höflichst, mir durch diese Vergünstigung die Erfüllung meiner Pflichten erleichtern zu wollen.

Ich ersuche Sie, den Pass an die Adresse der obengenannten Völkerbundscommission zu senden, bei welcher ich vom 25. ds. Monats beschäftigt bin.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

A. Einstein.

Signalement aus dem alten Pass Nr. 29918

Professor Dr. Albert Einstein geb. 14. März

1879. Wohnung Berlin/Schöneberg.

Haberlandstr. 5.

Taille 175 Centimetres Cheveux schwarz meliert.

Sourcils schwarz. Front hoch. Yeux braun. Nez normal.

Bouche mittel. Menton rundt¹⁶⁶. Visage oval.

3 Anlagen, 2 Bilder¹⁶⁷, 1 Brief

Vom Eidgenössischen Politischen Departement in Bern aufgefordert, hat sich Albert Einstein am 28.7.1924 zur Frage seiner Staatsangehörigkeit geäußert (Abb. 2.3).

Einsteins von den Nazis konfisziertes Eigentum
Der lange Weg bis zur Rückgabe und Entschädigung
Grundmann, S.

2017, XIII, 165 S. 26 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-662-53546-2